



Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe.

Sonnabend, den 26. Februar 1881.

Nr. 96.

Abonnements-Einladung.

Wir eröffnen hiermit ein neues Abonnement auf den Monat März für die täglich einmal erscheinende Pommersche Zeitung mit 50 Pf., auf die zweimal täglich erscheinende Stettiner Zeitung mit 67 Pf. Bestellungen nehmen alle Postämter an.
Die Redaktion.

Deutschland.

Berlin, 25. Februar. Da es von Wichtigkeit ist, übersehen zu können, wie die jährliche Preisbewegung in den Hauptholzarten und Sortimenten für die Staatswaldungen sich gestaltet, hat der Landwirtschaftsminister angeordnet, daß desfallsige Angaben alljährlich den nach dem Finalabschlusse einzureichenden Zusammenstellungen über die Einnahmen und Ausgaben der Forstverwaltung beizufügen sind, und zwar das erste Mal für die Etatsjahre 1878/79, 1879/80, 1880/81, von da ab jedesmal nur für das betreffende zu Ende gegangene Rechnungsjahr. Bis die nach Maßgabe der Verfügung vom 29. November 1880 zu fertigenden statistischen Zusammenstellungen die Materialien zur Erlangung spezieller Angaben über den Gegenstand liefern werden, genügt es, daß unter Vermeidung spezieller Durchschnitts-Berechnungen für die einzelnen Sortimente nur im Allgemeinen angegeben wird, ob und in welchem Maße etwa die Preise für Nugholz und für Brennholz der vorkommenden Hauptholzarten eine steigende oder fallende Tendenz gezeigt haben und welche Gründe hierfür vorliegen.

Die Festlichkeiten der nächsten Tage drängen vorläufig alle anderen Interessen und selbst die politischen völlig in den Hintergrund. Die große freundliche Theilnahme, welche sich in allen Kreisen der Bevölkerung kundgibt, trägt umjomehr den Stempel vollkommener Freiwilligkeit, als von Seiten des Herrscherhauses und namentlich Sr. Majestät des Kaisers selbst vielfache Einwirkungen ausgegangen sind, von den Veranstaltungen den Charakter zu großer Beacht und Ausdehnung fern zu halten. Es zeigt sich jedoch in dieser Theilnahme auf's Neue, wie groß das Bedürfnis unseres Volkes ist, dem Herrscherhause, welches in der Liebe des Volkes so tiefe Wurzeln geschlagen hat, bei jeder Gelegenheit die innige Anhänglichkeit zu zeigen. Aber auch nach anderer Seite bildet diese Stimmung ein Symptom, denn sie scheint doch den Beweis zu liefern, daß die Fähigkeit, sich zu freuen, durch den Ernst der Zeiten nicht ausgeföhrt ist, und nicht nur die Fähigkeit, sondern auch das Gefühl, daß unser Vaterland das Recht hat, sich seiner ganzen Gegenwart zu freuen bei einem Anlaß, der dazu führt, sich der Grundlagen des politischen und sozialen Daseins wie in wenig anderen Zeiten und an wenig anderen Orten bewußt zu werden.

Karlsruhe 25. Februar. Nach fünfständiger Verhandlung wurden heute vor der hiesigen Strafkammer in der bekannten Hofklüden-Affaire sämtliche Angeklagte für schuldig befunden. Küchenmeister Lesmann wurde zu zwei Jahren Gefängnis und 1000 Mark Geldstrafe; Hofkoch Keller zu einem Jahr und 600 Mark; Koch Durand zu zehn Monaten; Kaufmann Haas zu drei Monaten und 200 Mark, sowie Hoflieferant Frey zu neun Monaten und 500 Mark verurtheilt. Außerdem wurden jedem Angeklagten auf drei Jahre die Ehrenrechte aberkannt.

Deutscher Reichstag.

5. Sitzung vom 25. Februar.

Präsident v. G o s s l e r eröffnet die Sitzung um 11 $\frac{1}{2}$ Uhr.

Am Tische des Bundesrathes: von Böttcher, v. Stosch, Scholz.

Tagesordnung:

I. Erste Berathung der Uebersicht der Reichsausgaben und Einnahmen für das Etatsjahr 1879 bis 80 der allgemeinen Rechnung für das Jahr 1876 bis 77 und der Rechnung der Oberrechnungskammer für das Jahr 1877—78.

Sämmtliche Regierungsvorlagen gehen an die Rechnungskommission.

II. Fortsetzung der ersten Berathung des Etats in Verbindung mit dem Anleihegesetz.

Abg. R i c k e r t beginnt damit, daß er die Physiognomie dieses Hauses als eine solche bezeichnet, welche genau die Stimmung im Reiche wieder spiegelt; in den weitesten Kreisen habe eine Muthlosigkeit, eine Apathie über unsere politischen Verhältnisse Platz gegriffen. Der preussische Landtag sei zu Ende gegangen mit einem schrillen Misperton. Die Vorgänge im Herrenhause seien nicht ohne Nachwirkung geblieben, weite Kreise des Volkes seien von denselben peinlich berührt worden. Eine große Beunruhigung sei eingetreten; nach diesen Vorgängen sei nicht mehr daran zu zweifeln, daß in der Organisation des preussischen Staatsministeriums etwas steckt, was fehlerhaft ist. Wir sind wahrhaftig arbeitsmüthig genug, unseren Dienst der Gesetzgebung zu widmen, aber in der Art, wie diese gesetzgeberischen Arbeiten seit einigen Jahren zum Abschluß gebracht werden, kann es in der That unmöglich weiter gehen. Selbst die arbeitsfreundlichste Natur muß schließlich veragen, wenn immer und immer wieder Gesetze vorgelegt werden, welche allgemein als ein überwundener Standpunkt betrachtet werden. Monatlang werden wir in Berlin festgehalten, und wenn wir am Schluß der Session angelangt sind, dann passieren Dinge, wie neulich im Abgeordnetenhaus. Eine scharfere Form in der Ablehnung ist gar nicht denkbar, wie dies hier mit der Vorlage in Betreff der zweijährigen Budgetperiode geschehen ist. Und doch ist es die erste Vorlage, welche hier wieder erscheint. Fürst Bismarck hat gesagt, daß er sich nicht dilatatorisch behandeln lasse. Formell hat er recht, wenn er diese Vorlage wieder einbringt, wir haben ein volles Interesse daran, auf jene Vorlage eine bündige und klare Antwort zu geben. Was der Reichskanzler mit der zweijährigen Budgetperiode bezweckt ist viel leichter damit zu erreichen, daß der Reichstag vor dem Landtage der Einzelstaaten einberufen wird. Es ist dies im finanziellen Interesse absolut nothwendig. Der Herr Reichskanzler hat sich soeben über den Ton beklagt, der hier gegen die Minister angeschlagen würde. Ich glaube, wer einigermaßen Kenntniß hat von den parlamentarischen Kämpfen anderer Länder, der wird zugeben müssen, daß das, was hier gesagt wird, sich vortheilhaft von dem untercheidet, was beispielsweise in Frankreich, in England geschieht. Der Herr Reichskanzler thäte dagegen gut, dafür zu sorgen, daß der Ton, welcher in der offiziellen Presse eingegeben ist, ein anständiger werde. Redner macht in dieser Beziehung namentlich auf einen Vorgang aufmerksam, der schon an einer anderen Stelle gehäufig charakterisirt worden ist, nämlich die Behauptung der „Nordd. Allg. Ztg.“ von der Verbindung des Centrums mit den fortschrittlichen Republikanern. Vereinzelter Ruf rechts: Sehr richtig! Aufse links: Psui! Psui!

Der Präsident erklärt, daß er den Ruf: Sehr richtig! nicht gehört, daß er aber unter keinen Umständen den Ruf „Psui!“ dulden werde.

Redner bedauert, daß ein solcher Ton auch bereits hier im Hause einzureißen drohe, dann allerdings sei es nicht mehr möglich, in ruhiger Weise hier öffentlich zu diskutieren. Wenn man nicht mehr so viel Respekt vor einander hat, daß man, statt den Gegner sachlich zu bekämpfen, ihn zu vernichten droht, indem man ihn als einen Feind der Monarchie darstellt, dann allerdings müsse das öffentliche Leben vergiftet werden. Kann man etwas Schlimmeres einem abgetretenen Minister sagen, wie es der Herr Reichskanzler gethan, daß er abgewirtheftet habe, wie ein schlechter Inspektor? (Sehr wahr!) Der Herr Reichskanzler hat von den Milliarden gesprochen. Wie oft aber soll man es denn wiederholen, daß die Milliarden auf ganz natürlichem Wege verschwunden sind und zwar unter der Mitwirkung des Herrn Reichskanzlers selbst. Von der Kriegsschädigung hat das Reich fast Alles erhalten und verbraucht. Preußen hat noch einmal 150 Millionen Thaler bekommen und davon sind 78 $\frac{1}{2}$ Millionen Mark zur Tilgung von Schulden und das Uebrige zu Eisenbahnbauten verwendet. Wie kann man denn da sprechen von liberaler Miswirtschaft. Auf die Steuervorlagen übergehend, spricht Redner die Hoffnung aus, daß der Reichstag diesmal dieselben nicht dilatatorisch behandeln werde. Von den Konservativen erwartet er, daß

sie nun endlich klar und bestimmt ihr Finanzprogramm aufstellen werden. Die Herren thaten immer so, als ob sie allein ein Interesse für den ländlichen Grundbesitz hätten. Auf der linken Seite des Hauses wisse man sehr wohl dieses hervorragende Gewerbe zu schätzen und habe dieselbe ein ebenso großes Interesse für die Landwirtschaft wie die Herren auf der Rechten. Aber mit der Zollerrhöhung sei der Landwirtschaft nicht geholfen. Zum Schluß wendet sich Redner zu den gestrigen Ausführungen des Reichskanzlers. Derselbe habe gesagt, daß er von der Einigkeit des Reiches verlange, daß sie fest im Sturme stehe. Aber er frage, diene es dieser Einigkeit, wenn seit Jahren ein Interessenkampf der aller schlimmsten Art, bei dem die nationalen und idealen Güter der Nation zu Grunde gehen müßten, geführt wird? Wenn alle Grundlagen der Einigkeit angegriffen werden, wenn Niemand mehr weiß, was fest steht, was nicht und nagelfest ist? Diene es der Einigkeit der Nation, wenn von einzelnen Parteien ein Racenhas in das Volk hingeworfen wird? Sei das der Weg, zu einem festen Bau in der Nation zu gelangen? Sollte der Herr Reichskanzler dann nicht unbefangen genug sein, zu erkennen, daß nur die Pflege und Bewahrung des Geistes, mit welchem er 1866 und 1870 die Nation zum Siege und zur Wiederherstellung Deutschlands geführt hat, zu diesem Ziele führen kann? Das ist der Geist, der begehrt und gepflegt werden soll! Mit dem Abg. Richter ist Redner einverstanden, daß dieser Politik ein Halt geboten werden muß, wenn nicht die Verwirrung auf allen Gebieten immer größere Dimensionen annehmen soll.

Abg. v. K a r d o r f f findet die elegische Stimmung des Vorredners begreiflich; habe Richter doch seit Jahren den Niedergang der wirtschaftlichen Verhältnisse prophezeit und würde nun von den Thatfachen im Stiche gelassen. Denn letztere bewiesen, wie der Redner an einer Reihe von statistischen Daten aus verschiedenen Industriezweigen nachzuweisen sucht, nicht einen Niedergang, sondern einen Aufschwung. Mit diesem Aufschwunge stehe die Verbesserung des Arbeitsmarktes in enger Verbindung. Redner wendet sich darauf zu den Ausführungen des Herrn v. Benda und betont, daß die ganze Frage der Steuerreform seiner Ueberzeugung nach ihre schließliche Erledigung in dem Tabakmonopol finden müsse. Eine parlamentarische Regierung nach dem Ideale der Herren Richter und Richter würde er als das größte Verderben für unser politisches Leben erachten. Seine Freunde würden es für ihre politisch-nationale Pflicht halten, die Wirtschaftspolitik des Reichskanzlers zu unterstützen.

Unterstaatssekretär S c h o l z konstatiert mißverständlicher Auffassung gegenüber, daß er gestern nicht eine Beseitigung der Frankenstein'schen Klausel ins Auge gefaßt. Die Erträge aus den neuen Steuern seien zur Entlastung der Einzelstaaten bestimmt.

Abg. B e b e l wendet sich zunächst gegen den Militäretat, der die Hauptträger der Steuern verschlinge. In einer Zeit von 8 Jahren sei derselbe um 141 Millionen gestiegen, und wenn das so fortgehe, werde sich derselbe im nächsten Jahrzehnt schon auf die enorme Summe von einer Milliarde belaufen. Zur Zollgesetzgebung übergehend, giebt Redner zu, daß eine Besserung der Verhältnisse in der Eisenindustrie eingetreten sei; aber im Allgemeinen sei eine Besserung in unseren industriellen Verhältnissen nicht wahrzunehmen. Die Lohnverhältnisse seien in fast allen Industriebezirken höchst trauriger Natur. Redner schildert namentlich die Lohnverhältnisse der sächsischen Industrie und stellt eine Massenauswanderung für diesen Sommer in Aussicht. Würde das Reich den Industriearbeitern Sachsens die Mittel zur Auswanderung gewähren, die Hälfte derselben würde den vaterländischen Staub von den Füßen schütteln. Das Kleinergewerbe befinde sich in einer ähnlichen Lage; es sei so herunter, daß es thatsächlich vor dem Bankerott stehe. Die neue Zollgesetzgebung habe überhaupt in den Lohnverhältnissen nichts gebessert. Es sei deshalb zu beklagen, daß auch die liberale Presse sich in einer Art und Weise über die Bagabondage auspricht, die ihn tief verlegt hat. Wer die Verhältnisse kennt, wisse, daß ein großer Theil unserer Industrie-Arbeiter geradezu zum Bettel gedrängt werde. Wie

die Linke sich jetzt so sehr sträube, für eine Erhöhung der Einnahmen einzutreten, verstehe er nicht; wer die Erhöhung der Wehrkraft wolle, der müsse auch die dazu nöthigen Ausgaben bewilligen und dementsprechend die Einnahmen erhöhen. Es sei nicht seine Aufgabe, die Mittel vorzuschlagen, welche zu einer Aenderung der gesammten sozialen Verhältnisse führen könnten. Das Wirtschaftssystem sei ihm ganz gleichgültig; er wolle hier keine Aenderung, dafür müsse man aber streben, daß die Konsumfähigkeit der Massen gesteigert wird, daß der Arbeiter seines Arbeitsertrages sicher ist. Das sei aber nur möglich durch eine totale Umgestaltung der gesammten Produktionsverhältnisse. Wenn man auf die kleinen sozialen Vorlagen verweise, die in Aussicht stehen, so erkenne er die Wichtigkeit derselben an, aber geholfen werde damit nur sehr wenig. So lange der Reichstag es allein für seine Pflicht hält, alle Mittel für die äußere Machtstellung des Reiches aufzuwenden, so lange sei an eine Befriedigung der Forderungen der arbeitenden Volksklassen nicht zu denken.

Abg. Frhr. v. M a l k a h n - G ü l s b e r g streitet dem Vorredner das Recht, Namens der Arbeiter Deutschlands zu sprechen. Der weitest große Theil der deutschen Arbeiter gehöre nicht der Sozialdemokratie an. Uebrigens nehme er das Recht und die Pflicht für seine Partei in Anspruch, das Recht und das Wohl der deutschen Arbeiter voll und zu jeder Zeit zu vertreten. Redner geht sodann auch kurz auf den Etat selbst ein und schließt sich dem Antrage auf Verweisung an die Kommission an.

Die Diskussion wird geschlossen und der Antrag Minnigerode, die Etats der Militär- und Marineverwaltung, das gesammte Extraordinarium und von den Einnahmen die Etats der Zölle und Verbrauchssteuern und der Ueberschüsse aus den früheren Jahren an die Budgetkommission zu verweisen, vom Hause angenommen.

III. Erste und zweite Berathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Zuständigkeit des Reichsgerichts für Streitfragen zwischen dem Senat und der Bürgerchaft der freien Stadt Hamburg.

Derselbe wird ohne Debatte angenommen.

IV. Erste und zweite Berathung des Gesetzesentwurfs betreffend die Begründung der Revision in bürgerlichen Rechtsstreitigkeiten.

Auch dieser Gesetzesentwurf wird ohne Debatte genehmigt.

Damit ist die Tagesordnung erledigt.
Nächste Sitzung: Montag 12 Uhr.
Tagesordnung: Mehrere kleinere Gesetze und zweite Berathung des Etats.
Schluß 2 $\frac{1}{4}$ Uhr.

Provinzielles.

Stettin, 26. Februar. Aus Anlaß der Vermählungsfeier des Prinzen Friedrich Wilhelm mit der Prinzessin Auguste Viktoria sind auch in unserer Stadt heute die öffentlichen und sehr viele Privatgebäude besetzt. Daß aber auch viele Stettiner die Feierlichkeiten in Berlin persönlich besichtigen werden, bewies die überaus starke Frequenz des heute von hier nach Berlin abgehenden Extrazuges. Der Perron des Centralbahnhofes bot heute in früher Morgenstunde schon ein buntes Bild; die Vertreter der verschiedenen Kriegervereine mit ihren Fahnen, teilweise in kleidsamer Uniform, und außerdem Hunderte von Herren und Damen aus allen Ständen hatten sich eingefunden, um sich einen Platz zur Mitfahrt zu sichern und Mancher kam dabei schon so in's Gedränge, daß er bereits hier ein Vorgefühl des Berliner Festtrubels haben konnte.

Die Gerichtsvollzieher in Preußen bedienen sich bei den Zwangsvollstreckungen zur Beschlagnahme von Gegenständen, die erst nachträglich aus den Räumen des Erequendus fortgeschafft werden sollen, fabrikmäßig hergestellter blauer Siegelmarken, welche den königlichen Adler mit der Umschrift: „Gerichtsvollzieher bei dem königlich preussischen Amtsgericht“ zeigen und die nach Ansehung der gummirten Rehrseite an den beschlaggenommen Gegenständen angeklebt werden. Diese Siegelmarken fallen nach einem Urtheil des Reichsgerichts, 3. Strafsenats, vom 22. Dezember v. J., unter den strafrechtlichen Begriff „amtliches Siegel“ und die unbefugte, vorsätzliche Entfernung oder Beschädigung dieser angeklebten

Mar. ist aus § 136 des Strafgesetzbuches wegen unbefugter Entfernung eines amtlichen Siegelzuges bestraft.

Zur Vermählungsfeier Sr. königlichen Hoheit des Prinzen Wilhelm veranstaltet Herr Kapellmeister Göttert morgen auf dem „Bod“ ein Fest-Konzert, und bringt darin seine neueste Komposition: „Die Jubelklänge, Festmarsch“, zum Vortrag. Das Programm ist außerdem sehr reichhaltig und interessant, so daß ein Besuch wohl zu empfehlen sein dürfte.

Der Verkauf von gefälschten oder verdorbenen Nahrungsmitteln ist für den Menschen sehr gefährlich, da durch den Genuß derartiger Nahrungsmittel die Gesundheit oft vollständig untergraben wird und schon wiederholt dadurch eine längere Krankheit hervorgerufen ist. Es ist daher in jeder Weise gerechtfertigt, daß durch das Gesetz vom 14. Mai 1879, betreffend den Verkehr mit Nahrungsmitteln, den Verkäufern Strafe angedroht wird, wenn sie willkürlich oder fahrlässig verdorbene Speisen feil halten. Wegen Uebertretung dieses Gesetzes hatte sich in der heutigen Sitzung der Strafkammer des hiesigen Landgerichts der Fleischer Paul Richard Döring aus Friedrichsdorf zu verantworten. Derselbe hatte auf dem hiesigen Wochenmarkt am 10. Januar 1880 der Frau eines Inspektors Schweinefleisch und einen Schinken verkauft, in welchem sich später bei näherer Untersuchung Finnen in großer Masse vorfanden. Am nächsten Wochenmarkt, dem 14. Januar, begab sich die Frau wiederum zu D. und verlangte unter Klarlegung des Sachverhalts die Zurücknahme resp. den Umtausch der Waaren. D. wies jedoch die Zurücknahme des Fleisches zurück und zeigte sich nur zum Umtausch des Schinkens bereit. Anstatt denselben dann jedoch fortzuschaffen, verkaufte er von dem Schinken sofort anderweitig. Deshalb war D. nun heute wegen fahrlässigen und willkürlichen Verkaufes von gesundheitsgefährlichen Speisewaren angeklagt. Daß mit Finnen durchzogenes Fleisch wirklich gesundheitsgefährlich ist, dürfte keinem Zweifel unterliegen, denn Herr Geh. Medizinalrath Dr. Göden, welcher heute als Sachverständiger vernommen wurde, erklärte, daß sich aus den Finnen der Bandwurm entwickelt. Der Gerichtshof erkannte denn auch gegen Döring auf 14 Tage Gefängnis.

Die nächste Verhandlung gegen die verheiratete Schuhmacher Bertha Louise Schönke wegen Kuppelei wurde mit Ausschluß der Öffentlichkeit geführt und endete mit der Verurtheilung der Angeklagten zu 3 Monaten Gefängnis.

Die am Freitag Abend in der Turnhalle veranstaltete Aufführung des Mendelssohn-Bartholdy'schen Oratoriums „Elias“ hatte einen außerordentlich großen Zuhörerkreis gefunden und wiederum schlagend die Notwendigkeit eines geeigneten Konzertsaales bewiesen. Wir wollen nicht versuchen, die Fatalitäten zu schildern, die beim Schluß des Konzerts eintraten, als Alles den einseitigen Ausgange und den einen noch ungünstigeren Ausgange zu den Garderoben zu erreichen suchte und dadurch eine Verkehrsstockung von fast einer halben Stunde eintrat; daß manche der leichtgekleideten Damen durch den unfreiwillig langen Aufenthalt auf dem zügigen Flur eine Erinnerung an diesen Abend in Gestalt eines Hustens oder Schnupfens daventragen werden, scheint uns ziemlich sicher. Doch können wir hierfür den „Stettiner Musik-Verein“ nicht verantwortlich machen. Die Aufführung des „Elias“ war eine äußerst gelungene zu nennen, was um so höher anzuerkennen ist, als die plötzlich eingetretene Heiserkeit des Herrn Kabisch dessen Mitwirkung unmöglich gemacht hatte und für ihn zwei Mitglieder des Vereines hatten eintreten müssen. Diese entledigten sich ihrer Aufgabe in durchaus angemessener Weise. Daß Herr Seiffert von Pillich seine schweilige Partie des „Elias“ geradezu meisterhaft durchführte, ist bei den anerkannten Vorträgen des Sängers nicht überraschend. Die schöne volle Stimme und der dramatisch belebte Vortrag ließen die Wirkung nicht unbemerkt. Fr. Wilsonach führte im zweiten Theil des Oratoriums die wunderbare Arie „Sei stille dem Herrn“ aus und fügte wir hinzu prächtig. Ihre Stimme besaß runde Fülle und eine ausgezeichnete Klangfarbe. Sie sang mit Wärme und tiefer Empfindung und bot eine Herz und Gemüth erfreuende Leistung. Der gemischte Chor des Vereines bietet in der That das Allerbeste und zeigte durch Präzision wie schätzbaren Vortrag hinlänglich an, unter weissen gebieterischer Leitung er sich befand. Wahrhaft imposanten Eindruck erzielte daher der großartige herrliche Chor: „Der Herr ging vorüber!“ Das war ein selten schöner Genuß! Wir sagen dem Stettiner Musik-Verein und seinem Dirigenten Herrn Dr. Lorenz für die Aufführung des „Elias“ unsern besten Dank.

Unter dem 2. Februar 1881 ist dem Kreise Belgard, Regierungsbezirk Cöslin, welcher den Bau einer Chaussee vom Dorfe Gr. Tychow über Bahnhof Gr. Tychow bis zur Polzin-Neustettiner Chaussee bei Jagertow unweit Polzin beschlossen hat, für die zu dieser Chaussee notwendigen Grundstücke das Enteignungsrecht verliehen worden.

Tempelburg, 23. Februar. Wie bereits gemeldet, wurde Herr Bäckermeister August Lask am 5. d. Mts. zum unbesoldeten Rathmann hieselbst auf sechs Jahre gewählt. Es hat sich nun aber herausgestellt, daß von den Magistratsmitgliedern Herr Rathmann Lorenz mit Herrn Lask ver schwägert ist, und da nach den Bestimmungen der Städteordnung Schwäger nicht gleichzeitig Mitglieder des Magistrats sein dürfen, so fand in heutiger außerordentlicher Sitzung der Stadtverord-

neten eine Neuwahl statt und wurde Herr Ackerbestzer Ernst Döge hieselbst mit Majorität gewählt. Herr Döge, welcher schon früher eine Reihe von Jahren Mitglied der Stadtverordneten und auch bereits Vorsitzender derselben gewesen, soll eine schon früher auf ihn gefallene Wahl abgelehnt haben, doch hoffen wir, daß derselbe nunmehr das ihm wiederum geschenkte Vertrauen rechtfertigen und die Wahl acceptiren wird. Ferner wurde in heutiger Sitzung das neue Kommunalsteuer-Regulativ mit den von der königlichen Regierung zu Cöslin vorgeschlagenen Abänderungen genehmigt. Ebenso wurde beschlossen, auf Antrag eines Besitzers vom Abbau 9000 Mark auf sein Grundstück hypothekarisch zur 1. Stelle zu beleihen und wird es für manchen anderen Grundbesitzer angenehm sein, zu erfahren, daß laut Beschluß der Versammlung die der Stadt gehörigen Gelder, welche in Staatspapieren bisher angelegt waren, nunmehr auf sichere Hypotheken vergeben und die Staatspapiere veräußert werden sollen, und sind Bewerbungen behufs Kapitals-Anleihe beim Magistrat hieselbst anzubringen.

Witow, 24. Februar. Die Wanderungslust hier in der Stadt und größtentheils in der Umgegend hat nicht nachgelassen. Es rufen sich eine Menge Arbeiter, unter diesen auch Eigenthümer kleinerer Grundstücke, welche mit dem Beginn des Frühjahrs nach Amerika auswandern wollen. Leider wird durch den billigen Ueberfahrpreis von 80 Mark die Wanderungslust sehr verstärkt und viele, die mit großer Mühe diese Summe zurückgelegt haben, benutzen dieselbe, um nach der neuen Heimath überzusiedeln. Man sollte den Gerüchten, welche hier allgemein vorherrschend sind, nicht zu großen Glauben schenken, denn manche traurige Kunde ist aus den Zeitungen hervorgegangen und Mancher ist aus Mangel an nöthigem Verdienst in die Heimath zurückgekehrt. Die Löhne sind durch das Eintreffen vieler Auswanderer sehr gesunken und muß man dort ebenso anstrengend arbeiten, vielleicht noch anstrengender, wie hier, um sein Auskommen zu haben.

Schweh, 24. Februar. In der Strafkammer-Sitzung am 18. d. Mts. wurden zwei „mütterliche“ Verwandte mit Gefängnisstrafe belegt. Der Stellmacher Rudolf Will aus dem 1. Wicke von hier belegenen Dorfe Dölowo spielte im Krug seines Schwiegervaters, des Gastwirths Karl Pahl in Bedenken, Karten und machte dabei einen Fehler, den sein Stiefvater rügte. Aus diesem Anlaß entstand ein Streit zwischen beiden, so daß P. dem W. die Thür wies und ihn, als er nicht ging, packte und gewaltsam entfernen wollte. W. verteidigte sich, wurde aber in die Kammer neben dem Laden gedrängt und zu Boden geworfen. Von hier aus warf er seinem Stiefvater ein Fäßchen Rum in's Gesicht und entfernte sich endlich unter Zurücklassung von Schmutz und Mühe. Als er später wiederkam und letztere holen wollte, eilte ihm Pahl bei dessen Weggehen nach und schob ihm eine Schrotladung in's Bein. W. erhielt wegen der leichteren Körperverletzung 14 Tage, P. aber wegen der schweren, mit einer Schußwaffe beigebrachten 3 Monate Gefängnis. Jedenfalls werden diese Strafen nicht geeignet sein, zwischen diesen Verwandten ein intimeres Verhältnis anzubahnen. — Vor längerer Zeit verschwand der Gutbesitzerwitwe Finger in Jungen ein Schwein. Der Kommissionsrat Neumann von hier theilte ihr mit, er habe gesehen, wie es der Fleischer B. von hier hinter der Scheune aufgeladen habe. Infolge dessen erfolgte der Strafantrag gegen B. und hatte auch im ersten Termin ein Zeuge die Schuld des B. bezeugt. In Kurzem stand in derselben Sache ein zweiter Termin bevor. Als man vor einigen Tagen einen Staken hinter der Scheune der Frau B. abfahren wollte, fand man beim Abräumen das vermiste Schwein todt und halb verkauft im Staken. Das Schwein war schon krank gewesen, hatte sich in's Stroh hineingewühlt und war dort verendet. Durch das leichtfertige Geschwäh des N. hat der Fleischer schon große Unannehmlichkeiten gehabt, die sich noch vergrößert hätten, falls seine Unschuld auf diese eigenthümliche Weise nicht rechtzeitig aufgedeckt worden wäre.

Der bisherige 2. Kreissekretär Domanski hat gestern unsern Ort verlassen, um die kommissarische Verwaltung der Kreissekretärstelle in Flatow zu übernehmen. Der Kreissekretär Zander aus Flatow ist als Kreisassenrentant in Stelle des von hier nach Graudenz versetzten Kreisassenrentanten Gregorzewski berufen. Letzterem zu Ehren fand gestern Abend ein solennes, zahlreich besuchtes Abschiedsopfer statt. — Im Interesse des Verkehrs und der Verbergerung und Aufnahme von Fremden hat der hiesige Landrath eine Polizeiverordnung erlassen, die bei den beteiligten Kreisen, obwohl sie gut gemeint ist, einigen Mißmuth und Aufsehen erregt. Nach derselben sollen über dem Eingange jeden Lokals Tafeln angebracht werden, die in 8 cm langen Buchstaben den Namen des Wirthes und die Art des Geschäfts, ob Gastoder Schankwirthschaft oder Kleinhandel geistiger Getränke, kennzeichnen. Die Tafel muß vom Eintritt der Dunkelheit an bis zum Schluß des Lokals durch eine Laterne erleuchtet werden, deren Glasgehäuse bei Gastwirthschaften von rothem, bei Schankwirthschaften von blauem und bei Geschäften für den Kleinhandel geistiger Getränke von grünem Glase sein müssen. Ein Auszug verschiedener angeführter Polizeiverordnungen soll auf Pappe geklebt oder eingerahmt an leicht sichtbarer Stelle hängen. In jedem Lokal muß ein Exemplar des Kreisblattes vorhanden sein und zwar so gehesht, daß mindestens das Heft des laufenden Quartals jedem Gaste auf Wunsch vorgelegt werden kann. Auch ist ein Beschwerdebuch zu

führen, das den Gästen einzusehen und Beschwerden einzutragen jederzeit das Recht zusteht. Ofenklappen dürfen in den Gast- und Schankzimmern nicht mehr angebracht werden, wo solche noch vorhanden, sind sie zu beseitigen. Jeder Gastwirth hat eine entsprechende Quantität Kalk vorräthig zu halten und solchen zum Selbstkostenpreise zur Reinigung und Desinfizierung der Kruppen zc. an die Gäste auf Wunsch abzugeben. Wir wollen hoffen, daß diese Verordnung die erwartete Wirkung haben wird.

Kunst und Literatur.

Wir machen unsere geehrten Leser auf ein neues Journal, Zeitschrift für Instrumentenkunde — Organ für Mittheilungen aus dem gesammten Gebiete der wissenschaftlichen Technik — im Verlage von Julius Springer in Berlin, aufmerksam, welches in Form, Inhalt und Ausstattung trefflich ist.

Wir wünschen der Zeitschrift den besten Erfolg und bemerken noch, daß dieselbe jährlich in 12 Hefen erscheint, 15 Mark kostet und durch alle Buchhandlungen und Postanstalten des In- und Auslandes zu beziehen ist.

Illustrirte Kulturgeschichte für Leser aller Stände. Von Karl Faulmann. Mit 14 Tafeln in Farbendruck, mehreren Facsimile-Beilagen und ca. 300 Illustrationen. (M. Hartlebens Verlag in Wien. In 20 Lieferungen à 30 Kr. v. W. = 60 Pf.) Von diesem von uns bereits angezeigten Werke liegen wieder 5 Lieferungen (11 bis 15) vor. Sie umfassen die Geschichte der Aegyptier, Babylonier, Assyrer, Perser, Araber und Juden. Des Verfassers populäre Darstellung gewährt einen interessanten Einblick in die Entwicklung der indischen Kultur und Religion. Die Nachbildung der ältesten Handschrift der Sakuntala auf Palmblatt, transcribirt von Professor Dr. Friedrich Müller, ist eine werthvolle Beilage zu dieser Geschichte. Noch interessanter sind die Darstellungen und die Bilder der babylonischen Kultur. Die Vergleichung der Götterbilder zeigt die enge Verwandtschaft der babylonischen und ägyptischen Religion. Assyriens prächtige Skulpturen lassen jene Entwicklung der Bildhauerkunst erkennen, welche in Griechenland zur höchsten Blüthe gedieh. Die Geschichte der Perser und Araber ist nach den besten Quellen gearbeitet und die Geschichte der Juden bietet eine auf selbstständigen Studien beruhende gerechte Darstellung und so bieten die Hefte eine Fülle von anregenden und wissenschaftlichen Erörterungen. Die Farbentafeln glänzen durch sorgfältige Ausführung. [21]

Vermishtes.

(Honig als Präservativ gegen Diphtheritis.) Aus Zboro, Saroser Komitat in Ungarn, wird uns berichtet: „In hiesiger Gegend, wo seit einiger Zeit die Diphtheritis stark grassirt und schon viele Kinder derselben zum Opfer fielen, werden in Bauernfamilien, wo die Mittel zur Bezahlung des Arztes und der Apotheke fehlen, bei den ersten Anzeichen der Erkrankung und sogar als Präservativmittel Einreibungen mit reinem Bienenhonig am Halse und auf starkes Pöschpapier die aufgetragener Honig als Umschläge am Halse mit so gutem Erfolge verwendet, daß in Folge dessen selber in Dörfern, wohin die Berufung eines Arztes wegen der zu großen Entfernung oder wegen Armuths der Familie nicht möglich ist, fast keine Kinder mehr an dieser bösen Krankheit sterben, währenddem dieser arge Würgengel der Kinder den Ärzten die meisten der von ihnen behandelten Kleinen hinwegrafft.“ Wir glauben diesen uns von glaubwürdigster Seite mitgetheilten Umstand aus dem Grunde veröffentlichen zu müssen, damit Fachkreise vielleicht Veranlassung nehmen, über die Wirkung des Honigs, der bekanntlich sehr zugkräftig ist, behufs Anwendung desselben bei Diphtheritis-Kranken nachzudenken u. v. Versuche anzustellen.

(Traurige Folgen eines schlechten Spasses.) Am 14. d. M. war zu Papoz (Eisenburger Komitat) Jahrmarkt. Ein Magyar-Genscer und ein Szentpeterer Bauer hatten bereits tief in das Glas geguckt, als die Frau des Letzteren, ein nettes Weibchen, herbeikam und ihren Mann mit sich rief. Dem Genscer gefiel das Weibchen und er bat den Szentpeterer, daß er ihn die Frau verkaufen möge. Der Handel war bald geschlossen und der Szentpeterer gab seine Frau um — einen Gulden hin. Nachdem sie auf das „Geschäft“ noch Ems getrunken, wollte der Genscer, die Sache ernst nehmend, das gekaufte Weibchen als sein Eigenthum mit sich führen. Die Frau, welche die Sache bisher für einen Scherz angesehen hatte, ergriff die Flucht. Der Mann lief ihr nach, zum Glück jedoch kamen Gendarmen, die sie beschützten. Nun verlangte der Genscer für seinen Gulden zurück, in welchem Verlangen ihn seine Landleute unterstützten. Der Szentpeterer wollte nicht zahlen, worauf man ihn prügelte. Er wollte fliehen, man holte ihn ein und schlug ihn noch mehr. Der Mißhandelte erblickte eine Art, er ergriff sie und spaltete mit einem Hiebe den Kopf, des Genscers. So endete — wie dem „Egypeteres“ berichtet wird — der schlechte Spaß.

(Kuriose Theaterzettel.) Ein Sammler alter Theaterzettel veröffentlicht in der „Genossenschafts-Zeitung“ ergötzliche Proben, von denen wir hier zwei reproduziren: „Mit allergnädigster Erlaubnis wird heute, Mittwoch, den 14. November 1798, von der „von Hofmannschen Schauspielergesellschaft“ aufgeführt: „Harlequin, der lächerliche Schulknecht“. Eine englische Pantomime in zwei Aufzügen. Personen zc. Hierauf folgt: „Die Komödie in der Komödie oder der Lohn kindlicher Liebe“. Ein hier noch nie aufgeführtes Lustspiel in einem Aufzuge von Professor Basso (?). Per-

sonen zc. Noch einmal bittet um nachsichtvollere Geduld der Unterzeichnete; es sind wirklich vier Subjekte zur Verbesserung der Gesellschaft auf der Reise. Unterthänigster Schauspielerdirektor von Hoffmann!!! „Mit hoher gnädigster Bewilligung wird von der hier anwesenden „Schauspielergesellschaft“ aufgeführt werden: Armut und Edelmann“. Ein rührendes Lustspiel in drei Aufzügen, von August von Koberue. Zu diesem trefflichen Stücke mache ich eine besondere Einladung; und ich sage nicht zu viel — nein, nicht zu viel, wenn ich es noch einmal wiederhole, daß es Koberue's Meisterstück ist. Darum bitte ich, schenken Sie dem heutigen Stücke Ihre Aufmerksamkeit! Denn ich bin fest überzeugt, Thränen der Freude und Thränen der Schmerzen werden abwechselnd Sie unterhalten.“

Viehmarkt.

Berlin, 25. Februar. (Bericht der landwirthschaftlichen Bank in Berlin.)

Der Bedarf an Rindvieh und Schweinen war, da noch viel Vorräthe vorhanden, so gering, daß der größte Theil dieser Viehgattungen als Ueberstand zurückblieb. Für die wenigen verkauften Stücke blieben die Preise vom letzten Montag maßgebend.

Kälber wurden bei langsamem Geschäft geräumt und durchschnittlich mit 40—55 Pf. pro 1 Pfund Schlachtgewicht bezahlt.

Ebenso wurden Hammel geräumt, ohne daß indeß der geringen Anzahl, wie der Verschiedenheit der Qualitäten wegen, ein Preis festzustellen war.

Telegraphische Depeschen.

Wien, 25. Februar. Das Abgeordnetenhaus fuhr in der Beratung des Lienbacher'schen Schulantrages fort. Der Berichterstatter der Minorität, Beer, begründete nochmals in ausführlicher Rede den Standpunkt der Minorität und erklärte schließlich Namens seiner Gesinnungsgenossen, daß sie jede Aenderung in der Dauer der Schulpflicht, welche dem Reichsrath die bisherige Ingerenz nehme und den Ländern zuweise, als Verletzung der Befassung betrachten und daß sie deshalb an der Spezialdebatte sich nicht betheiligen würden. — Das Abgeordnetenhaus beschloß im Fortgang der Sitzung mit 165 gegen 152 Stimmen, auf die Spezialberatung des Lienbacher'schen Schulantrages einzugehen. Bei der Spezialberatung gab der Abg. Giovanelli Namens der Tiroler Abgeordneten die Erklärung ab, daß die Rechtsverbindlichkeit der Schulgesetze von ihnen nicht anerkannt werde, weil der Kirche und der Familie die denselben gebührenden Rechte nicht eingeräumt würden.

Paris, 25. Februar. Der „France“ zufolge hätte Griechenland die englische Regierung aufgefordert, daß sie in direkter und persönlicher Weise zu seinen Gunsten interveniren möge. Die englische Regierung hätte ablehnend geantwortet und darauf hingewiesen, daß die Vertreter der Mächte das formelle Mandat hätten, im Einvernehmen mit einander in Konstantinopel zu verhandeln und daß es demzufolge unmöglich sei, das Centrum der Verhandlungen nach einem andern Orte zu verlegen und die Natur und den Zweck der Verhandlungen zu verändern.

London, 25. Februar. Unterhaus. Der Staatssekretär für Indien, Lord Harrington, erklärt, von einer an Rußland ertheilten Zusicherung, daß die Engländer in Kaudabar nicht bleiben wollten, sei ihm nichts bekannt. Der Unterstaatssekretär im Departement der Kolonien, Grant Duff, theilt mit, die Unterhandlungen mit den Sajatos seien resultatlos geblieben. Unterstaatssekretär Dilke erklärt auf eine Anfrage Bourke's, die griechische Regierung habe nicht die gesammte Reserve einberufen, sondern nur gewisse Klassen derselben. Es sei allerdings die allgemeine Einberufung der Reserve beabsichtigt gewesen, die bezügliche Aktion sei aber in Folge der Mißbilligung der Mächte beschränkt, auch sei von Griechenland erklärt worden, daß mit der Einberufung der Reserve keine Drohung beabsichtigt würde. England habe Griechenland gerathen, keinen Schritt zu thun, der als ein Versuch erscheinen könne, die jetzt in Konstantinopel unterhandelnden Mächte zu forciren, auch seien die Mächte übereingekommen, die Türkei und Griechenland aufzufordern, von jedem Feindseligkeitsakte während der Unterhandlungen abzusehen. Die Neutralität zu proklamiren, sei keines Darfhaltens nur dann üblich, wenn der Kriegszustand thatsächlich vorhanden sei.

Lord Harrington sprach dann abermals die Hoffnung aus, daß Gladstone nächsten Montag der Sitzung wieder beizuwohnen werde, bedauerte indeß, dies nicht mit Bestimmtheit in Aussicht stellen zu können und erklärte, daß der Oberkommissar für Irland, Forster, die irische Waffenbill auf nächsten Dienstag vorlegen werde, damit der Staatssekretär des Krieges, Childers, am nächsten Montag das Kriegsbudget vorlegen könne. Northcote und mehrere andere Konservative protestirten gegen die Verlegung der irischen Waffenbill, da durch die Verlegung der Beschluß vom 25. v. M. verlegt werde. Der Sprecher erklärte, er könne Niemand zwingen, mit einem Antrage vorzugehen. — Das Haus setzte darauf die dritte Lesung der irischen Zwangsbill fort.

Konstantinopel, 25. Februar. In dem am letzten Mittwoch abgehaltenen Ministerrath hat eine Einigung über die Ausdehnung der in der griechischen Grenzregulirungsfrage zu machenden Konventionen noch nicht stattgefunden. Die Beratungen sind gestern Abend fortgesetzt worden.